

Inklusive Bildung an der Wegkreuzung

Kinder und Jugendliche mit Behinderungen haben rechtlichen Anspruch auf inklusive Bildung.

Das geht derzeit leider viel zu oft vergessen angesichts der Kritik an der Ausgestaltung der integrativen Schule. Dass Regelschul-Lehrpersonen mit der gegenwärtigen Umsetzung an die Grenzen kommen, ist unbestritten. Politische Vorstöße, die zurück zur Separation wollen, seien trotzdem verfehlt, halten Dagmar Rösler, Präsidentin des Dachverbands der Lehrer*innen Schweiz LCH, und Dr. Romain Lanners, Direktor der Stiftung Schweizer Zentrum für Heil- und Sonderpädagogik und Mitglied des politischen Beirats von Integras, im Gespräch mit Integras fest.

Dagmar Rösler, Dachverband der Lehrer*innen Schweiz LCH, und Romain Lanners, Stiftung Schweizer Zentrum für Heil- und Sonderpädagogik, im Gespräch mit Rosen Ferreira, Integras

2004 wurde in der Schweiz mit dem BehiG¹ die rechtliche Grundlage für integrative Bildung gelegt; 2014 ratifizierte die Schweiz die UN-BRK. Inklusion ist das Fernziel, integrative Schule die Realität: Wo steht die Schweiz zurzeit?

Romain Lanners: Wir haben Fortschritte gemacht. Mit dem Sonderpädagogik-Konkordat 2007 wurden aus sog. «invaliden minderjährigen Versicherten» Schüler*innen mit besonderem Bildungsbedarf. Das Konkordat will die Systeme Sonder- und Regelschule zusammenführen nach dem Prinzip «Integration vor Separation».

Zahlenmäßig war die Separationsquote innerhalb der Regelschule vor 20 Jahren in der Schweiz noch sehr hoch, bei 5 Prozent. Jetzt sind wir bei ungefähr 3 Prozent. Viele Schüler*innen aus Kleinklassen wurden in die Regelklassen integriert. Auf der anderen Seite gehen jedoch mehr Kinder in Sonderschulen, das heißt die Sonderschulquote steigt. Waren wir 1980 noch bei 1,4 Prozent, sind wir 2024 bei 1,9 Prozent angelangt. Das ist für mich eine bedenkliche Entwicklung. Nach wie vor sind viele Ressourcen in den Sonderschulen gebunden. Gleichzeitig fehlen sonderpädagogisches Wissen und Ressourcen in den Regelschulen. Hier wäre ein Transfer wichtig.

Dagmar Rösler: Wir sind gut unterwegs, aber noch lange nicht am Ziel angekommen, vor allem, wenn wir uns die politische Landschaft anschauen. Wir müssen den Rucksack, den wir dabeihaben, anders füllen. Es muss ein Umdenken stattfinden mit dem ganzen Konstrukt, dem Setting, im Umgang mit den Ressourcen. Im Kanton, wo ich unterrichte, bekommen wir 25 Lektionen Heilpädagogik pro 100 Kinder, das heißt etwa drei Lektionen pro Klasse. Meistens steht man als Klassenlehrperson allein vor 25 Kindern. So kann Inklusion nicht funktionieren.

Momentan häufen sich die politischen Angriffe auf die integrative Schule. Kürzlich hat der FDP-Präsident Thierry Burkhard sogar ihre Abschaffung gefordert; im Kanton Zürich ist die Förderklasseninitiative von SVP, FDP und GLP zustande gekommen. Bringt diese Initiative aus Ihrer Sicht Lösungen?

Dagmar Rösler: Die Initiative ist für mich Ausdruck davon, dass man an einem Scheideweg angelangt ist und sich grundsätzlich darüber Gedanken machen muss, wie man die Mittel verteilt bzw. bereit-

stellt. Heute müssen Schulen wochenlang warten, bis sie Ressourcen bekommen, um Kinder mit Bedarf zu fördern. In der Zwischenzeit müssen sie selbst schauen. Das kann so nicht weitergehen.

Ich denke aber auch an den Betreuungsschlüssel. Es muss Gefäße geben, wo Kinder und Jugendliche kurzfristig separiert betreut und gefördert werden können, aber immer mit der Aussicht, wieder zurück in die Regelklasse zu kommen. Auch die Durchlässigkeit zwischen Sonderschule und Regelschule muss verändert werden. Ich würde darauf den Fokus setzen und nicht sagen, die Integration sei gescheitert, es braucht wieder Klein- oder Fremdsprachenklassen.

Was bedeutet «Schule für alle»?

Romain Lanners: «Schule für alle» heißt nicht unbedingt, dass alle Schüler*innen in der gleichen Klasse sitzen, sondern dass sie die Schule des Wohnquartiers besuchen mit den Geschwistern und den Nachbarskindern. Es gibt Schüler*innen mit komplexen Bedürfnissen, die eine entsprechende Antwort benötigen. Schule für alle könnte dann bedeuten, dass die Sonderschule eine Klasse in der Regelschule betreibt. So können auch Kinder mit schweren oder komplexen Beeinträchtigungen am Leben der Regelschule teilnehmen. Schüler*innen kilometerweit in Sonderschulen zu karrern, kostet einfach zu viel Geld und Bildungszeit. Nachhaltig ist dies auch nicht, da die CO2-Bilanz höchstwahrscheinlich katastrophal ist.

«Zahlenmäßig war die Separationsquote innerhalb der Regelschule vor 20 Jahren noch bei 5 %. Jetzt sind wir bei ungefähr 3 %. Auf der anderen Seite gehen jedoch mehr Kinder in Sonderschulen. Waren wir 1980 noch bei 1,4 %, sind wir 2024 bei 1,9 % angelangt.»



Dagmar Rösler, Präsidentin des
Dachverbands der Lehrer*innen
Schweiz LCH



Romain Lanners, Direktor der Stiftung
Schweizer Zentrum für Heil- und
Sonderpädagogik und Mitglied des
politischen Beirats von Integras

«**Schulische Heilpädagog*innen sollten die Klasse unterstützen, nicht einzelne Schüler*innen. Das heißt dann auch Unterstützung, Beratung und Coaching der Regellehrperson, um Wissen aus der Sonderpädagogik zu vermitteln.»**

Es kann auch bedeuten, Schüler*innen ausserhalb der Klasse ein Angebot zu machen, um zum Beispiel ihre Sozialkompetenz zu stärken. Das würde die Lehrpersonen und die Klasse entlasten. Aber eben immer mit dem Ziel, so schnell wie möglich in die Regelklasse zurückzukehren.

Oder Angebote einzurichten wie Rückzugsorte für Kinder aus dem Autismus-Spektrum, in die sie sich selbstständig zurückziehen können, wenn es zu laut oder zu stressig wird. Solche Räume könnten auch andere Schüler*innen nutzen. Vom Barriere-Abbau profitieren alle, wie wir aus der Architektur wissen. Wenn ich im Alter mit dem Rollator unterwegs bin, bin ich froh über zugängliche Gebäude.

Von den Sonderschulen höre ich, dass die Regelschulen keine Zusammenarbeit wollen. Dasselbe umgekehrt. Es ist jedoch wichtig, diese zwei Silos aufzubrechen. Durch eine bessere Zusammenarbeit gewinnen am Ende alle.

Sehen Sie das auch so?

Dagmar Rösler: Ja, das sehe ich auch so. Was aber oft vergessen wird: Es gibt bereits viele Schulen, an denen integrative Bildung gut funktioniert. Wir müssten viel mehr darüber sprechen, statt darauf zu fokussieren, was nicht geht.

Wir müssen aber auch mutig sein und uns an grundlegende Veränderungen wagen. Silos bestehen ja auch in der Regelschule: Ich bin Heilpädagogin, ich bin Klassenlehrperson, ich bin Deutschzusatzausbildungslehrperson. Diese Trennung müsste stärker aufgebrochen werden. Auch Regelklassen-Lehrkräfte brauchen zum Beispiel heilpädagogisches Wissen. Dann wäre es bei zwei Personen in der Klasse nicht entscheidend, ob eine davon Heilpädagog*in ist oder nicht. Auch wenn das jetzt visionär klingt, ich bin überzeugt, wenn man den Schulen Zeit gibt, können solche Dinge entstehen.

Romain Lanners: Mit der Einzelförderung im Sonderpädagogik-Konkordat wurde aus meiner Sicht ein Fehler gemacht. Nun erwarten Eltern, dass so und so viel Stunden für ihr Kind zur Verfügung stehen, und nicht für die Klasse. Hier müssten wir auch ansetzen: Schulische Heilpädagog*innen sollten die Klasse unterstützen, nicht einzelne Schüler*innen. Das heißt dann auch Unterstützung, Beratung und Coaching der Regellehrperson, um Wissen aus der Sonderpädagogik zu vermitteln. Auch die Beratung der Schulleitungen wäre wichtig. Sie sind oft der Motor für Entwicklungen hin zu mehr Inklusion.

Dagmar Rösler: In der Praxis gelangt der Wissenstransfer aber häufig an seine Grenzen. Wenn Heilpädagog*innen den Klassenlehrpersonen sagen, was sie zu tun haben, stößt das manchmal auf Widerstand. Da gibt es viel Konkurrenz und Missverständnisse. Deshalb plädiere ich dafür, dass an den pädagogischen Hochschulen vermehrt heilpädagogisches Wissen vermittelt wird, damit man Situationen aus einem gemeinsamen Wissensstand heraus beurteilen kann.

Der Graben wird leider auch mit den Lohnstufen vertieft. Heilpädagogik-Lehrpersonen werden auf Masterstufe, Primar-Lehrpersonen auf Bachelor-Stufe eingestuft. Das sorgt für Unmut und ist für die Inklusion sicher nicht förderlich.

Hier wären auch die Ausbildungsstätten gefordert, oder?

Romain Lanners: Auch in der Bildungslandschaft haben wir eine historisch gewachsene Separation. So werden an heute noch separierten Ausbildungsinstituten für Heil- und Sonderpädagogik Fachleute ausgebildet in Sonderpädagogik, sprich Logopädie, Psychomotorik und in schulischer Heilpädagogik. Dieses Wissen fehlt dann in den pädagogischen Hochschulen, die die Regellehrpersonen ausbilden.

Es gibt aber Beispiele wie die PH Bern oder die HEP BEJUNE, um nur zwei zu nennen, da werden alle Ausbildungen an einer pädagogischen Hochschule angeboten. Das erleichtert gemeinsame Forschungsprojekte und den Wissenstransfer. Möchte eine Regellehrperson einen Kurs zu Lernschwierigkeiten oder Verhalten besuchen, geht das vor Ort. Die Forschung zeigt, dass eine Zusammenarbeit in der Ausbildung die Zusammenarbeit im Klassenzimmer fördert.

Wie Dagmar Rösler sagte, braucht es bereits bei den Ausbildungen eine bessere Zusammenarbeit. Man muss raus aus der Konkurrenz und dem Silo-Denken.

Zurück zu den Kindern und Jugendlichen. Wie sehen zurzeit die Bildungswwege in der Schweiz für behinderte Kinder und Jugendliche aus? Und wie weit sind diese von ihrem Rechtsanspruch auf Inklusion entfernt? Erst kürzlich schilderte der Nationalrat Islam Alijaj in einem Interview anhand seines eigenen Werdegangs, wie schwer es behinderte Kinder und Jugendliche später auf dem Arbeitsmarkt haben, ohne regulären Schulabschluss nach der Sonderschule.

Romain Lanners: Wir selektieren in der Schweiz sehr früh. Der Weg von der Sonderschule zurück an die Regelschule geschieht jedoch sehr selten. Eine spätere Selektion könnte diese Situation verbessern.

Wichtig wäre es auch, Klein- bzw. Förderklassen in der Regelschule zeitlich zu begrenzen. Die Rückkehr in die Regelklasse muss das Ziel sein. Auch verschiedene Niveaus abzuschaffen, zum Beispiel die Orientierungsstufe, wie im Tessin. Das ist für die weitere Entwicklung und Berufsbildung förderlich. Separation erhöht das Risiko, ein Leben lang am Rande der Gesellschaft zu leben.

Zwar wird über Fachkräftemangel geklagt, gleichzeitig werden Schüler*innen durch frühe Selektion später aus der Berufsbildung ausgeschlossen. Ausserhalb der Regelschule hat man keinen Zugang zu einem anerkannten Diplom, obwohl viele Schüler*innen in den Sonderschulen fähig wären, einen Abschluss zu machen. Auf dem Weg dorthin werden sie jedoch ausgebremst vom System. Das können wir nachher nicht mehr aufholen. In der Folge fehlen diese Personen auf dem Arbeitsmarkt. Stattdessen sind sie abhängig von Sozialhilfe oder IV.

Man hört immer wieder, die integrative Schule benachteilige nicht-behinderte Kinder. Dabei belegen viele Studien, dass das nicht stimmt. Eine neue Studie² aus St. Gallen sagt jedoch, dass es eine Schwelle gebe. Wie ordnen Sie das ein?

Romain Lanners: Gemäss Studie wird das Zusammenleben in der Klasse bei einem Anteil von 15-20 Prozent Schüler*innen mit besonderem Unterstützungsbedarf problematisch. Durch eine gute Durchmischung können wir das verhindern. Das zeigt sich auch bei den Pisa-Resultaten. Starke Schüler*innen werden nicht ausgebremst durch integrative Schule, die «Schwachen» hingegen werden gestärkt.

In einer Kleinklasse mit verhaltensauffälligen Schüler*innen ist eine Konzentration gleicher Schwierigkeiten hingegen explosiv. Vom Lernen am Modell wissen wir seit langem, dass die Verhaltensweisen der anderen kopiert werden. Das wirkt eher verstärkend auf die Problematik. Auch auf viele andere Schwierigkeiten, wie Sprache, kann man das übertragen. Übrigens ist die Studie ein weiteres Argument gegen Sonderschulklassen. Darin sind hundert Prozent Schüler*innen mit besonderem Unterstützungsbedarf.

Zum Abschluss: Was sind für Sie die wichtigsten Hebel, um inklusive Bildung zu stärken?

Dagmar Rösler: Es braucht eine Analyse der jetzigen Strukturen und Mut, sie aufzubrechen, weg von den 25 Heilpädagogik-Lektionen pro 100 Schüler*innen. Wie wollen wir in Zukunft unsere Klassen zusammensetzen, im Wissen darum, dass es ab einer gewissen Anzahl von Schüler*innen mit Unterstützungsbedarf schwierig wird? Man hört immer wieder: «Wir haben eigentlich genügend Ressourcen, aber sie sind schlecht verteilt» – stimmt das denn überhaupt und welche Schlüsse zieht man daraus? Könnten wir mit dem sogenannten Churermodell³ bereits viele Probleme lösen oder braucht es kleinere Klassen, also einen anderen Betreuungsschlüssel? Würde es helfen, wenn immer zwei Lehrpersonen in einer Klasse wären? Braucht es stufen- oder klassenübergreifende Modelle in Form von Niveau-Unterricht? Ich glaube, wir müssen uns auf den Weg machen, das Bildungssystem weiterzudenken.

Romain Lanners: Wichtig ist eine verbesserte Zusammenarbeit von Sonder- und Regelschule sowie ein Ressourcentransfer. So könnten wir eine Reihe von Problemen lösen. Derzeit sind sowohl personelle Ressourcen als auch Know-How fest in den Sonderschulen gebunden.

Angebot fördert die Nachfrage – das stimmt auch für Kantone, die besonders integrativ unterwegs sind. Sie haben wenig Sonderschulplätze. Dadurch, dass wir am Angebot schrauben und die Ressourcen, die wir dort einsparen, in die Regelschule investieren, kommen wir weiter. Der Kanton Waadt zeigt das. Dort wurde die Anzahl an Sonderschulplätzen beschränkt. Obwohl die Gesamtzahl an Schüler*innen steigt, wächst der Bedarf an Sonderschulplätzen nicht mit. So findet man Lösungen und Ressourcen vor Ort, weil diese nicht in der Sonderschule gebunden sind.

Integrative Schulen sind tragfähiger für Veränderungen und wahrscheinlich auch agiler, weil sie es gewohnt sind, mit Vielfalt umzugehen.

«Schule für alle bedeutet für mich, dass die Schüler*innen die Schule ihres Wohnquartiers oder ihres Dorfes besuchen. Das kann verschiedene Formen haben, aber wir gehören alle zur gleichen Gesellschaft.»

Gibt es noch irgendetwas, was Sie den Lesenden mitgeben wollen?

Dagmar Rösler: Von Seiten des Dachverbands LCH sagen wir «Integration, wenn möglich, und Segregation, wo nötig». Wir werden nicht ganz um Sonderschulen herumkommen, auch wenn wir es wollten. Letztlich geht es um die Schüler*innen. Wir müssen schauen, wo können wir sie am besten unterstützen? In den meisten Fällen ist das die Regelschule, aber es gibt Schüler*innen, für deren Bedürfnisse eine Sonderschule besser geeignet ist.

Inklusive Bildung ist nicht gescheitert, aber wir stehen an einer Wegkreuzung. So wie es vor 15 Jahren eingefädelt wurde, können wir nicht weitermachen. Deshalb bin ich froh, dass das Thema jetzt so prominent ist. Es ist jetzt sehr wichtig, genau hinzuschauen und zu überlegen, wie wir weiterfahren.

Romain Lanners: Ich schliesse mich an. Wir werden weiterhin Sonderschulen brauchen, aber nicht mehr so viele wie jetzt. Wir sehen ja, dass Inklusion funktioniert in Kantonen mit einer sehr tiefen Sonderschulquote.

Es gibt jedoch Schüler*innen mit komplexen Bedürfnissen, die zum Beispiel auch auf Pflege angewiesen sind. Für sie kann die Sonder Schule die bessere Lösung sein. In anderen Ländern sind aber auch solche Schüler*innen in den Alltag der Regelschule integriert. Sie besuchen eine eigene, an ihre Bedürfnisse angepasste (Sonder-) Klasse auf dem gleichen Schulareal und haben so am Schulleben teil. Das Erlernen des Umgangs mit Heterogenität in der Schule ist eine überfachliche Kompetenz, die hilft, sich in einer immer komplexer werdenden Gesellschaft zurechtzufinden.

Schule für alle bedeutet für mich, dass die Schüler*innen die Schule ihres Wohnquartiers oder ihres Dorfes besuchen. Das kann verschiedene Formen haben, aber wir gehören alle zur gleichen Gesellschaft. Schule ist ein Teil davon.

Interview und Text: Rosen Ferreira, Integras

1. www.edi.admin.ch/edi/de/home/fachstellen/ebgb/recht/schweiz/behinderungsgleichstellungsgesetz-behig.html

2. direct.mit.edu/rest/article-abstract/104/3/602/97728/Peers-with-Special-Needs-Effects-and-Policies

3. churermodell.ch

